



www.friedensregion-bodensee.de

Friedensregion Bodensee e.V.

NEWSLETTER

Weitergabe erwünscht!

Nr. 29 / Februar 2023

Liebe friedensinteressierte Leserinnen und Leser,

in krisenhaften Zeiten neigen die Menschen dazu, zu polarisieren. Hat das Gegenüber eine andere Meinung als man selbst oder als die landläufig verbreitete, so sind häufig Konflikte die Folge, die sogar Freunde oder Familien entzweien können. So geschieht es mit den Themen Klimawandel, in der Corona-Pandemie oder aktuell in Bezug auf den Krieg in der Ukraine. Bei allen Unterschieden in den Ansichten sollte es aber doch möglich sein, miteinander im Gespräch zu bleiben und Konflikte friedlich und respektvoll zu lösen.



„Krieg raubt uns Zeit, die für die Menschheit lebenswichtig ist, um ihr Aussterben zu verhindern“

formulierte der kolumbianische Präsident in seiner Rede auf der UN-Klimakonferenz und drückt damit aus, das wir im Hinblick auf die drohende Klimakatastrophe wirklich wichtigeres zu tun haben als Krieg zu führen! Wie das funktioniert lernt man bei einer Reihe von Workshops zum Thema Friedensbildung, das erste Modul findet schon im Februar statt- alle Informationen dazu in diesem Newsletter.

Außerdem gibt es erneut eine Fülle an spannenden Themen, so einen Beitrag

zu feministischer Außenpolitik oder einen Kommentar zum aktuellen Friedensgutachten. Auf verschiedene Veranstaltungen weisen wir hin und laden heute schon zum Bodensee-Friedensweg am Ostermontag ein- save the date! Eine Übersicht der Termine 2023 zeigt auf, wie vielfältig die Aktivitäten des Vereins Friedensregion Bodensee sind und wie immer laden wir herzlich ein, dabei zu sein, sich zu beteiligen, selbst aktiv zu werden!

Unser Maskottchen Vivienne Waldrapp blickt zurück auf ihre erste Silvesternacht und macht sich Gedanken darüber, dass es nicht nur sinnvoll ist, Dinge zu tun, sondern immer öfter wäre es an der Zeit, Dinge einfach bleiben zu lassen!

Schließen möchte ich mit den besten Wünschen für eine anregende Lektüre und einigen Gedanken Mahatma Gandhis:

„Der berechnete moralische Schluss, der aus der Bombe als schlimmster Katastrophe gezogen werden muss, ist, dass sie ebenso wenig durch Bomben vernichtet werden kann, wie Gewalt durch Gewalt.“



INHALT

Zum Newsletter Nr. 29	1
Stellungnahme FRB zur aktuellen Situation im Ukrainekrieg	2
Friedensgutachten 2022	3
Konfliktführerschein	5
Was Feministische Außenpolitik mit der Friedensregion Bodensee zu tun hat	6
Zeitenwende on tour und die institutionalisierte strategische Kommunikation	8
Tagung der IPPNW	10
Internat. Bodensee-Friedensweg	11
Programm FRB 2023	12
Krieg raubt uns Zeit, die für die Menschheit lebenswichtig ist, um ihr Aussterben zu verhindern	13
Buchtipp: Friedenslogik verstehen	14
Fleischfasten für den Frieden	15
Red Hand Day	17
Kunst genießen – NL unterstützen!	17
Vivienne Waldrapp: Vom Tun und vom Lassen in Zeiten des Krieges Schnabel halten!	18
Aktuelles	19
Impressum	21

Die Menschheit kann und darf aus dem nur durch Gewaltlosigkeit aussteigen.

Hass kann nur durch Liebe überwunden werden. Mit Hass zu antworten, führt nur zu einer Ausweitung und Vertiefung des Hasses.“

Herzlich, Martina Heise

Stellungnahme der Friedensregion Bodensee e.V. zur aktuellen Situation im Ukrainekrieg

27. Januar 2023

Frieden ist der Menschheit oberstes Gebot. Kriege sind das Ergebnis von gescheiterter Diplomatie und von Machtpolitik jenseits aller Friedenslogik. Als Friedensbewegung wenden wir uns gegen jegliche Politik, die Kriege als politisches Mittel akzeptiert, sie propagiert, durchführt oder sich an Kriegen beteiligt.

Die Eskalationsspirale im Krieg in der Ukraine wird weiter befeuert. Am 24.1.23 hat die Bundesregierung entschieden, 14 Kampfpanzer Leopard 2 an die Ukraine zu liefern. Der Weg für die Lieferung weiterer Panzer dieses Typs durch andere NATO-Mitglieder wurde ebenfalls frei gegeben. Damit soll die Ukraine insgesamt 90 Leopard-Panzer erhalten.

Wir lehnen jegliche Lieferung von Waffensystemen an die Ukraine ab und fordern die Rücknahme der heutigen Entscheidung der Bundesregierung. Stattdessen müssen Friedensdiplomatie und zivile Konfliktlösungen verstärkt und die humanitären Hilfen deutlich ausgebaut werden, um die Kriegsfolgen in der Ukraine zu lindern.

Im Vorfeld dieser Entscheidung haben sich führende Militärs aus Deutschland und den USA gegen die Lieferung von Kampfpanzern ausgesprochen. Sie warnen eindringlich davor, dass dieser Krieg weiter eskalieren wird und sich zu einem dritten Weltkrieg bis hin zu einem Atomkrieg entwickeln kann. Diese Stimmen wurden bislang ignoriert.

In seiner Dankesrede fordert Präsident Selenskyj gleich noch die Lieferung von Kampfflugzeugen. Die russische Regierung spricht von einer „desaströsen Entscheidung“ und drückt damit die Bereitschaft zu weiterer Eskalation aus.

Waffen haben niemals einen Frieden herbeigeführt. Friedenslösungen entstehen immer nur am Verhandlungstisch. Wir fordern eine eigenständige europäische Friedenspolitik mit einer weitsichtigen friedenslogischen Perspektive. Deshalb sind neutrale Vermittlungsangebote unbeteiligter Staaten, Organisationen und Persönlichkeiten oder der Vereinten Nationen notwendig, muss es jetzt Verhandlungsangebote zwischen der russischen und der ukrainischen Regierung geben. Es müssen jetzt multilaterale Gespräche zwischen der Ukraine, Russland, Deutschland und den europäischen Staaten beginnen. Das Ziel muss sein: Waffenru-

he – Waffenstillstand - die Entwicklung, Einhaltung und Sicherung nachhaltiger Konfliktlösungen durch unabhängige Staaten bzw. die UNO.

Das unbeschreibliche Leid der Menschen muss beendet werden: 200.000 Opfer unter ukrainischen und russischen Soldaten und Soldatinnen, 50.000 Opfer unter der ukrainischen Zivilbevölkerung und 17,4 Mio. geflüchtete Ukrainer und Ukrainerinnen. Die materiellen Schäden und Auswirkungen auf das Klima sind verheerend.

Sanktionen stellen nur eine weitere Kriegswaffe dar. Wir fordern ein Ende der Wirtschaftssanktionen. Dieser Krieg wird schon lange nicht mehr nur in der Ukraine geführt. Die Wirtschaftssanktionen wirken sich vor allem in unbeteiligten Ländern im globalen Süden und in Europa aus und kehren sich gegen uns selbst. Weltweit starben 2022 mehr Menschen an Hunger als in den Vorjahren. Eine wesentliche Ursache dafür sind die nahezu ausgebliebenen Getreidelieferungen aus der Ukraine. Die gestiegenen Energiepreise bringen immer mehr Menschen in Europa und weltweit in Existenznot.

Die meisten Medien fördern durch einseitige Berichterstattung und Positionen den Aufbau und Erhalt von Feindbildern und situativ beeinflussten Sichtweisen des Konfliktes. Sie sind mitverantwortlich für eine weitere Eskalationsdynamik und verhindern besonnenes Vorgehen bei der Suche nach Lösungen, wie der Konflikt möglichst schnell heruntergefahren werden kann. Diplomatische Anstrengungen werden nicht ausreichend thematisiert und von der Politik eingefordert.

In den Bereichen Kultur und Sport und auf den kommunalen Ebenen gab es zwischen Deutschland und Russland zahlreiche Begegnungen und Zusammenarbeit. Diese wurden durch Deutschland kurz nach dem Beginn des russischen Angriffs weitgehend eingestellt. Wir halten diese Begegnungen für nachhaltig friedensstiftend. Daher müssen sie zügig wieder aufgenommen werden. Zwischenmenschliche Beziehungen fördern ein Klima der Völkerverständigung.

Die Friedensregion Bodensee e.V. trägt auf regionaler Ebene zu diesen Schritten bei.

Unterstützen Sie uns unter www.friedensregion-bodensee.de

Friedensgutachten 2022: Was steht drin?

Ein Kommentar von Brigitte L. Ehrlich

Das Friedensgutachten ist die jährlich erscheinende Publikation des Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC), des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Frieden- und Konfliktforschung (HSFK), des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und des Instituts für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen (INEF). Die führenden deutschen Friedens- und Konfliktforschungsinstitute analysieren darin seit 1987 aktuelle internationale Konflikte, zeigen Trends der internationalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf und geben klare Empfehlungen für die Politik.

Als Ende Juni das Friedensgutachten 2022 erschien, titelte die *Tagesschau* „Forscher zu Ukraine-Krieg: Wir begrüßen die Waffenlieferungen“. Das ZDF wählte die Überschrift: „Friedensgutachten: Forscher warnen vor nuklearer Eskalation“. Was steht im Friedensgutachten?

Mit dem Ukrainekrieg steigt kontinuierlich das Risiko einer – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – nuklearen Eskalation.

1. Nukleare Deeskalation – Verzicht auf Ersteinsatz – Ausstieg aus Nuklearer Teilhabe – kernwaffenfreie Zone in Europa

Das *Friedensgutachten* widmet den gegenwärtigen Rüstungsdynamiken unter besonderer Berücksichtigung der Atomwaffenproblematik ein eigenes Kapitel. Seit 2021 stieg – so das *Friedensgutachten* – die Anzahl einsatzbereiter Kernwaffen erstmals wieder an: Großbritannien erhöhte die Obergrenze auf 260 Waffen, und auch andere Atomwaffenstaaten vergrößern ihre Arsenale. Im Bereich der Hyperschallwaffen zeichnet sich ein Rüstungswettlauf ab, während die Forscher:innen eine Erosion der internationalen Kontrolle feststellen. Mit dem Ukrainekrieg steigt kontinuierlich das Risiko einer – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – nuklearen Eskalation. Wenn der Krieg in der Ukraine auf NATO-Staaten übergreife, würde der Bündnisfall ausgelöst. Hiermit drohe möglicherweise ein Dritter Weltkrieg, in dem Atomwaffen schnell zum Einsatz kommen könnten. NATO- und US-Einrichtungen in Deutschland, vor allem die hier stationierten US-Atomwaffen, wären bereits in einer frühen nuklearen Eskalationsphase mögliche Ziele.

Das Friedensgutachten unterbreitet der Politik **neun Empfehlungen zum Abbau nuklearer Gefahren:**

1. Deutschland sollte innerhalb der NATO für eine fortgesetzte **Politik der nuklearen Zurückhaltung** eintreten.
2. Deutschland sollte an alle Atomwaffenstaaten appellieren, durch **Einfrieren bestehender Arsenale** ihren Verpflichtungen aus Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) nachzukommen.
3. Deutschland sollte sich für eine **multilaterale Abrüstungsinitiative** des UN-Sicherheitsrates (P5-Prozess) und für eine Intensivierung dieses Prozesses einsetzen.
4. Deutschland sollte für „**No First Use**“ – Erklärungen werben und erklären, sich an keinem Ersteinsatz zu beteiligen.
5. Deutschland sollte die **Beendigung der nuklearen Teilhabe** als Ziel erklären, da die nukleare Teilhabe militärisch sinnlos ist und Deutschland gefährdet.
6. Deutschland sollte die positiven Verpflichtungen des **Atomwaffenverbotsvertrags** (AVV) mit umsetzen und den AVV unterstützen.
7. Deutschland sollte mit anderen europäischen Staaten ein kernwaffenfreies Netzwerk unterstützen und Perspektiven für eine **atomwaffenfreie Zone in Europa** schaffen.
8. Deutschland sollte vorschlagen, dass die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates den Staaten **negative Sicherheitsgarantien** geben, die dem NVV angehören und einer kernwaffenfreien Zone oder dem AVV beigetreten sind.
9. Deutschland sollte Ressourcen und Strukturen bereitstellen, um das **Wissen um Nuklearwaffen**, ihre Abrüstung und Kontrolle in Gesellschaft und Politik zu stärken, zu erneuern und nachhaltig zu verankern.

Die zentrale Bedeutung des Wissens um die Konsequenzen des Krieges und besonders von Atomwaffen für ein Engagement für Abrüstung und Frieden bestätigt auch die Studie *Friedenspolitisches Engagement nach dem 11. September 2001* (Cohrs, Moschner & Maes 2003).

2. „Friedens- und Sicherheitspolitik nach der Zeitenwende – der Krieg in der Ukraine“

Die Autoren und Autorinnen des *Friedensgutachtens* übernehmen mit den Begriffen der „Zeitenwende“ und eines „Vernichtungskriegs“ Russlands gegenüber der Ukraine das Narrativ der deutschen Regierungspolitik. Die russische Regierung habe die europäische Friedens- und Sicherheitsord-

nung zerstört. Ziel des Westens müsse sein, „die Kosten des Krieges für Russland möglichst hoch zu treiben, indem er die Verteidigung der Ukraine militärisch unterstützt, ökonomische Sanktionen verhängt und diplomatischen Druck ausübt“ (S. 32). Andererseits mahnt das *Friedensgutachten* zur Mäßigung: Man solle weder auf eine militärische Niederlage Russlands setzen noch den Sturz Wladimir Putins propagieren, sondern die russische Regierung zu einer diplomatischen Bearbeitung des Konflikts bewegen. Dazu müsse man Russland etwas anbieten. Auch die Lieferung, der Transport schwerer Waffen über die europäische „Friedensfazilität“ berge angesichts der realen nuklearen Eskalationsgefahr Risiken. Hinsichtlich der europäischen Sicherheit wäre es ein Fehler, nur auf militärische Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung zu setzen. Der Fokus auf die Ausstattung der Bundeswehr dürfe nicht dazu führen, dass Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention ausbleiben. Weiterhin sei die Orientierung an der Idee kooperativer Sicherheit und einer gesamteuropäischen Friedensordnung zumindest langfristig notwendig. Der Westen solle vermeiden, den Gegensatz von Demokratie und Autokratie zu einem neuen Systemkonflikt zu überhöhen.

Kommentar

Hinsichtlich des Krieges in der Ukraine bleibt die Analyse des *Friedensgutachtens* m. E. unzulänglich. Interessegeleitete Wirklichkeitskonstruktionen und Interpretationen wie „Zeitenwende“, „Vernichtungskrieg“, „Friedensprojekt der EU“ werden unkritisch übernommen. Zwar wird eine Mitschuld der NATO-Staaten an der Entstehung des Krieges durch die

Hinsichtlich der europäischen Sicherheit wäre es ein Fehler, nur auf militärische Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung zu setzen.

NATO-Osterweiterung durchaus diskutiert, völlig ausgeblendet werden hingegen der hegemoniale Einfluss der USA auf die Politik der EU und insbesondere Deutschlands. Der Krieg in der Ukraine hat sich zu einem Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland entwickelt. Auch der durchgängige Bruch des zweiten Minsker Abkommens durch die ukrainische Regierung, der Einfluss faschistischer Parteien und Milizen auf die Politik der Ukraine und der US-gesteuerte Maidan-Putsch 2013 werden genauso wenig thematisiert wie wirtschaftliche Interessen der USA und der EU in der Ukraine und dem entsprechenden Interesse an der Aufrechterhaltung des Kriegszustandes. Die zunehmende Militarisierung der EU mit den Stichworten „Friedensfazilität“, „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) und „Gemeinsame

Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ samt ihren Militärinterventionen in Afrika u. a. außereuropäischen Orten wird nicht hinterfragt. Die Annahme, Russland durch militärische Stärke und Sanktionen an den Verhandlungstisch zwingen zu können, widerspricht friedenspsychologischen Erkenntnissen. Eher sind dadurch Reaktanz, Verhärtung und gefährliche Eskalation zu erwarten. Und Verhandlungen scheitern nicht oder zumindest nicht nur an Russland, sondern an der Verhandlungsverweigerung der USA und ihrer Marionettenregierung in der Ukraine. Im März 2022 hätte der Krieg beendet sein können. Die Verhandlungspartner standen bei einem Treffen in der Türkei kurz vor einer Vereinbarung, die die Neutralität der Ukraine zusicherte und somit Russlands Sicherheitsbedürfnisse berücksichtigte. Da reiste der damalige Ministerpräsident des Vereinigten Königreichs Boris Johnson an, um auch im Auftrag der USA Präsident Selenskyj von der Unterzeichnung des Friedensabkommens abzubringen und ihn unter erheblichem Druck zur Fortführung des Krieges zu bewegen. Eine Friedenschance war vertan. Das Interesse der USA ist es, den Krieg um Jahre in die Länge zu ziehen, um Russland zu schwächen und zu destabilisieren. Den Preis dafür zahlt die Bevölkerung der Ukraine. Bis auf Telefongespräche hat die EU keinerlei ernsthafte Vermittlungsversuche unternommen und eine Vermittlerrolle dadurch verwirkt, dass sie de facto selbst Kriegspartei wurde.

Die an der Publikation *Friedensgutachten* beteiligten Institute betreiben konventionelle Forschung, sind von staatlicher Finanzierung abhängig und keine Agenturen der Friedensbewegung. So hat z. B. der Politikwissenschaftler Andreas Heinemann-Grüder vom *International Centre for Conflict Studies* in Bonn - einem der am *Friedensgutachten* beteiligten Institute - in einem Interview mit Focus online vom 11. 8. 2022 den Westen eindringlich davor gewarnt, aus Kriegsmüdigkeit vor Putin einzuknicken und durch einen „Kuschelkurs“ Frieden erreichen zu wollen. Kriegsherrn Putin nach dem Prinzip „Frieden schaffen ohne Waffen“ stoppen zu wollen, sei aussichtslos. „Die wohlfeile Rede von der ‚Friedenslogik‘ kann nicht mit einem einzigen Argument aufzeigen, wie der Krieg beendet werden soll. Kerzen können ein Zeichen der Trauer oder der Hoffnung sein, Wachs ist aber kein Argument“, so Heinemann-Grüder. Dieses Zitat beweist, dass Heinemann-Grüder gegen besseres Wissen friedenslogisch basierte Politik bewusst zu diskreditieren sucht. Jedenfalls hat sie noch andere Instrumente zu bieten als Kerzenwachs: umfassendere sozialwissenschaftliche Konfliktanalysen als die des *Friedensgutachtens*, Diplomatie auf allen Kanälen, Problemlöseworkshops nach Kelman, hochkarätige Mediation, „Sozi-

ale Verteidigung“ als Form gewaltfreien Widerstands gegen militärische Besatzung, der nachweislich erfolgreicher ist als militärischer Widerstand, vernetzte Ansätze der Konflikttransformation und Friedenspolitik u.v.a. Methoden gewaltfreier, ziviler Konfliktbearbeitung. Im Zentrum friedenslogisch basierter Politik steht die Fokussierung auf die Interessen und Bedürfnisse aller Parteien.

Friedenslogik berücksichtigt auch das Bedürfnis nach Respekt und

Friedenslogisch basierte Politik hat noch andere Instrumente zu bieten als Kerzenwachs.

Sicherheit Russlands, wovon im *Friedensgutachten* keine Rede ist.

Im nächsten Newsletter:

Teil II: Sanktionen als bevorzugtes Instrument einer „wertebasierten, feministischen Außenpolitik“ und Teil III „Wertebasierte, feministische Außenpolitik“ - ein ideologischer Mantel für die Durchsetzung neokolonialer Hegemonial- und Wirtschaftsinteressen?

¹ Vgl. Chenoweth & Stephan, 2011. Vgl. auch die Ende Oktober 2022 erschienene Studie von Felipe Daza Sierra *Ukrainian Nonviolent Civil Resistance in the Face of War*



<https://www.friedensgutachten.de/>

Konfliktführerschein

Basiskurs konstruktive Konfliktbearbeitung

Friedensbildung ist wichtiges Anliegen und Aufgabe der Friedensregion Bodensee e.V. Deshalb lädt die Friedensregion Bodensee auf ihrer Internetseite zu Angeboten der Friedensbildung in der Bodenseeregion ein: <https://www.friedensregion-bodensee.de/friedensbildung/>

Am 11. Februar 2023 startet das erste Modul des *Konfliktführerscheins Frühjahr 2023*. Der Kurs gibt eine ganzheitliche Einführung in die Kunst der Konflikttransformation und ermöglicht den Teilnehmenden, in einer kleinen Gruppe erste Kompetenzen für eine konstruktive Bearbeitung von Konflikten zu erwerben und Frieden nachhaltig zu gestalten. Der Konfliktführerschein besteht aus fünf Modulen. Alle Module können auch einzeln belegt werden.

Anmeldeschluss für das erste Modul (11. 02.2023) ist am 8.2.2023.

Infos und Anmeldung:

www.friedenskonzepte.de oder dialog@friedenskonzepte.de

Tel. 07557/4430331 oder 0176/56934315



Termine:

- 11. Februar: Konflikte erkennen und verstehen
- 18. Februar: Pfade zur Konfliktlösung
- 4. März: Die Kunst des Dialogs
- 18. März: Die Logik des Friedens
- 1. April: Die Macht der Gewaltfreiheit

Seminarzeiten: samstags 9:00 – 18:30 Uhr

Ort: Tagungshaus Friedenskonzepte zwischen Taisersdorf und Herdwangen

Kursleitung: Brigitte L. Ehrich M.A.: Friedenspsychologin, zertifizierte Mediatorin (BM) und Moderatorin (TZI)

Kosten: Einzeltermin 75€, alle Module 350€

Alle Workshops können auch einzeln gebucht werden. Anmeldeschluss eine Woche vor dem jeweiligen Termin.



Mit Unterstützung der Friedensregion Bodensee e.V.
www.friedensregion-bodensee.de

Was Feministische Außenpolitik mit der Friedensregion Bodensee zu tun hat

von Martina Knappert-Hiese

Dieses wichtige neue Thema wird aktuell in den sozialen Medien diskutiert. Auch ICAN und die Servicestelle Friedensbildung bzw. Berghof Foundation bieten bereits online-Seminare dazu an. Mit dem Erscheinen von Kristina Lunz' aktuellem Buch „Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch. Wie globale Krisen gelöst werden müssen.“ können wir schwarz auf weiß lesen, was die viel beschworene „Zeitenwende“ inhaltlich zu bedeuten hat, geht es doch im Kern zukünftig ausschließlich um Sicherheit für Menschen anstatt für Staaten. Wer die friedensethischen und -politischen Diskussionen der letzten Jahrzehnte verfolgt hat, dem sind Künigs „Projekt Weltethos“ und Weizsäckers Forderung nach einer „Weltinnenpolitik“ nicht fremd. Bei Lunz findet sich dazu die notwendige entsprechende Ergänzung, die für manche:n Zeitgenoss:in eine Herausforderung darstellen dürfte. Denn es sind auch die eigenen Überzeugungen und lieb gewordenen Ansichten zu überprüfen, damit sich der Paradigmenwechsel bzw. die Große Transformation doch noch verwirklichen lassen! Gerechtigkeit und Gleichberechtigung für alle Erdenbewohner:innen erfordern neben der kritischen Auseinandersetzung mit der Ökonomie von jeder Einzelnen einen bewussten Umgang mit knappen Ressourcen. Die aktuellen Krisen mahnen uns, dass es nicht wie bisher weitergehen wird!

Einen gelungenen Einblick in die Grundlagen der Feministischen Außenpolitik bietet zudem folgender Artikel aus 2020, der online verfügbar ist: „Warum der internationale Waffenhandel ein feministisches Thema ist [...]“ (<https://www.boell.org/de/2020/11/30/warum-der-internationale-waffenhandel-ein-feministisches-thema-ist-und-was-deutschland>) und auf dem die folgenden Ausführungen basieren.

Rüstungsexportkontrolle und UN-Resolution 1325

Bereits 1915 fand erstmals ein Treffen von 1500 Frauen aus kriegführenden Staaten in Den Haag statt. Die bis heute gültigen Forderungen nach universeller Abrüstung und dem Ende des internationalen Waffenhandels wurden schon zu Beginn des ersten Weltkriegs von den Vertreterinnen der WILPF (Women's International League of Peace and Freedom) formuliert. Es sollte ein breites Bewusstsein dafür entstehen, dass die privatwirtschaftlichen Gewinne der großen Rüstungsunternehmen nicht länger als ein Hindernis für die Abschaffung des Krieges gelten dürfen.

Im Jahr 2000 wurde die UN-Resolution 1325 (WPS: Women, Peace, Security) verabschiedet und bildet seitdem einen wichtigen normativen und politischen Rahmen für den Umgang mit geschlechtsspezifischen Auswirkungen und Ursachen gewaltsamer Konflikte. In Newsletter Nr. 11 (November 2020) gab es dazu einen Bericht. Inzwischen wurden 9 weitere Resolutionen zu WPS mit folgenden thematischen Schwerpunkten verabschiedet: zur Teilhabe von Frauen an allen Aspekten der Konfliktprävention und Friedensförderung, incl. Rüstungs-(export)kontroll- und Abrüstungsprozessen; zum Schutz von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten, insbes. vor konfliktbezogener sexualisierter Gewalt; gendersensible und geschlechtergerechte Soforthilfe und Wiederaufbau sowie Reformen des Sicherheitssektors und gendersensible Prävention bewaffneter Konflikte. Zudem wird in drei der Folgeresolutionen ausdrücklich auf den 2014 geschlossenen UN-Vertrag über Waffenhandel (ATT) hingewiesen, der den internationalen Handel mit konventionellen Rüstungsgütern regelt.

Mit dem aktuellen deutschen Aktionsplan zur Umsetzung von UN 1325 verpflichtet sich Deutschland, die Beteiligung von Frauen an Konfliktpräventionsmaßnahmen zu verbessern sowie an Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozessen zu fördern. Fatalerweise werden Konfliktprävention an sich und Abrüstungs- und Rüstungs-(export)kontrolle nicht priorisiert! Im Jahr 2019 hat Deutschland für 200 Mio € Kleinwaffen in die USA exportiert, die eines der gefährlichsten Hocheinkommensländer für Frauen hinsichtlich angewandter Waffengewalt darstellen! Die friedenspolitischen Mängel des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung von UN 1325 wurden auch schon in Newsletter 18 (Juni 2021) mit einem entsprechenden Beitrag erläutert.

Geschlechtsspezifische Gewalt gibt es in allen Gesellschaften in verschiedenen Formen. Dazu zählen sexualisierte Gewalt (Zwangsprostitution), Körperliche Gewalt (durch Beziehungspartner), emotionale und psychische Gewalt (Demütigung) oder sozio-ökonomische Gewalt (Verweigerung wirtschaftlicher Rechte). Diesen Gewaltarten ist gemeinsam, dass sie sich auf die Sicherheit von Frauen auswirken und zudem als ein Ausdruck nicht-sichtbarer struktureller Gewalt zu verstehen sind. Deshalb besteht ein enger Zusammenhang zwischen diesen Gewaltformen und der zunehmenden Armut

von Frauen weltweit, die u.a. aus der transnationalen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft bei einer zunehmenden Liberalisierung des Welthandels resultiert. 2014 erkannten die UN mit dem Vertrag über Waffenhandel erstmals den Zusammenhang des internationalen Waffenhandels mit den genannten Formen geschlechtsspezifischer Gewalt an. Es muss deshalb auch die Aufgabe der Friedensbewegung werden, auf die verschiedenen Formen struktureller Gewalt aufmerksam zu machen, von der weltweit zunächst Frauen betroffen sind.

Männer sind in Abrüstungs- und Rüstungs(export) kontrollprozesse überrepräsentiert

Es fällt auf, dass Frauen u.a. von Waffengewalt betroffene Menschen in den oben genannten Prozessen stark unterrepräsentiert sind, so dass deren politische Rechte verletzt und Genderstereotype zementiert werden. So gelten Frauen zudem eher als Opfer von Gewalt und eben nicht als Expertinnen für Rüstungskontrolle. Daher wird es Regierungen oftmals ermöglicht, sich in entsprechenden Verhandlungen auf „Theorien strategischer Stabilität“ zu konzentrieren. Das heißt leider, dass man sich gar nicht mit den Auswirkungen von Waffen und bewaffneter Gewalt für Betroffene auseinandersetzt. Durch ICAN u.a. zivilgesellschaftliche Organisationen ist es in den letzten Jahren allerdings gelungen, verstärkt auf die humanitären Folgen eines potentiellen nuklearen Angriffs bzw. Unfalls hinzuweisen und ein Interesse für die katastrophalen gesundheitlichen Folgen zu wecken.

Waffen und Macht

Weil die humanitären Folgen von Waffengewalt oftmals ausgeblendet werden, konnte es zu einem gegenderten (geschlechtsabhängigen) Verständnis von Sicherheit kommen, dass wie alle anderen gesellschaftlichen Aktivitäten hierarchisch kategorisiert und bewertet wird und durch das herrschende Narrativ wirkt. Vielen Menschen ist diese (Be)Wertung der eigenen Alltagserfahrungen in der Sprache und im Sprechen jedoch (noch) nicht bewusst. Sie wirkt automatisch und „unbewusst“, eben auch durch allgemein anerkannte, vorherrschende Assoziationen von Maskulinität und Feminität, durch tradierte Rollenbilder etc. In der Friedensbewegung wird die gesellschaftliche Realität m.E. stark vereinfacht und auf einige wichtige Zusammenhänge aus dem Bereich der Waffenproduktion, des Waffenhandels, der Ökonomie usw. reduziert. Dabei bleibt die ungleiche Machtverteilung zwischen Männern und Frauen sowie die Herkunft von Menschen aus verschiedenen Schichten und Milieus leider vollständig ausgeblendet.

Auch in der Kultur westlicher Industrieländer ist Männlichkeit i.d.R. positiv konnotiert und wird mit Stärke assoziiert.

Feminität gilt dementsprechend eher als schwach und wird zudem oft negativ bewertet. In der philosophischen Tradition vieler Länder gilt die Vernunft als männlich und Natur als weiblich, so dass Waffen als Synonym für Macht verstanden werden. Somit wird nachvollziehbar, warum sich viele Gewählte genauso wie deren Wähler:innen gerne für Aufrüstung einsetzen.

Interessanterweise wurde der Zusammenhang von innerstaatlicher Geschlechtergerechtigkeit mit der Friedfertigkeit eines Landes in der feministischen Forschung bereits untersucht. Längst konnte eine Evidenz bewiesen werden, dass latente und offene Frauen-Feindlichkeit sowie deren Benachteiligung im Alltag immer mit einem Mangel an „Friedenswillen“ einhergeht. Mit einem staatlichen Engagement für Friedenssicherung und internationale Sicherheit ist daher auch in Deutschland kaum zu rechnen! Auf eine potentielle Genderperspektive wird selbst im Szenario „Sicherheit neu denken“ keinerlei Bezug genommen.

Die skizzierten Zusammenhänge sind auch in dem 2019 erschienenen Beitrag „Eine feministische Kritik der Atom-bombe“ näher ausgeführt, der von uns bei Info- und Protest-Veranstaltungen zur Verfügung gestellt wurde und wird. Er ist sowohl bei der Heinrich-Böll-Stiftung als auch direkt bei ICAN zu bestellen und dürfte alle jene interessieren, die sich um die Zukunft sorgen. Für alle diese Menschen ist eine Beschäftigung mit Feministischer Außenpolitik unerlässlich und sinnvoll, weil sie viele neue Ideen und Ansätze vertritt.

Warum nun sollte sich die Friedensregion Bodensee mit der feministischen Außenpolitik beschäftigen?

Da der Bodenseeraum als ein Cluster der Rüstungsindustrie mit einer hohen Dichte an Kriegswaffen produzierenden Betrieben gilt, müssen wir uns unbedingt mit den unterschiedlichen Lebensbedingungen von Männern und Frauen auseinandersetzen. Dass die Gewaltbereitschaft eines Landes nach innen und außen mit dem Niveau der erreichten Gleichberechtigung zwischen Männern einerseits sowie Frauen u.a. marginalisierte Gruppen andererseits korreliert, ist längst bekannt. Wenn der Verein FRB sich für Abrüstung und Rüstungskonversion engagiert, sollten die Aktiven den skizzierten Zusammenhang unbedingt zur Kenntnis nehmen. Denn im reichen Bodenseekreis und im Kreis Lindau dürfte nach wie vor ein traditionelles Rollenverständnis gelten, das auf der Trennung von privat und politisch bzw. Produktion und Reproduktion basiert. Welcher Seite Personen des männlichen Geschlechts jeweils zuzuordnen sind, fällt wohl niemandem schwer!

In politischen Gremien wie Gemeinderäten oder in den Chefetagen der hiesigen Betriebe sind natürlich Männer zahlenmäßig überrepräsentiert, so dass ein Machtgefälle zwischen den Geschlechtern existiert, das von vielen Menschen als „normal“ empfunden wird. Macht wird in friedenspolitischen Gesprächen meistens nur im Zusammenhang kriegsrischer Auseinandersetzungen diskutiert. Das muss sich ändern! Denn nachhaltige friedensfördernde Entscheidungen erfordern von den Verantwortlichen u.U. auch eine Auseinandersetzung mit sich selbst und ihrer uneingestanden Machtposition. Wer sich für Frieden engagiert, sollte sich und seine in Kindheit und Jugend erworbenen Welt- und Selbstbilder kennen. Verständlicherweise habe ich jedoch die Erfahrung machen müssen, dass viele in der Friedensbewegung engagierte Männer sich ihrer gesellschaftlichen Rolle nicht unbedingt bewusst sind. Inwiefern auch sie Macht ausgeübt haben dürften, ist ihnen i.d.R. wohl nicht klar. Dazu passt, dass ich etliche berufstätige Frauen kenne, die sich als Mütter mit einem schlechten Gewissen quälen, weil sie den mit der Mutterrolle zusammenhängenden Erwartungen nicht gerecht zu werden glauben. Zudem ist signifikant feststellbar, dass friedenspolitisch engagierte Männer sich oft erst nach ihrem Berufsleben engagieren können, weshalb sie die femi-

nistischen Entwicklungen in Deutschland seit den 80er Jahren inhaltlich kaum vollständig nachvollzogen haben dürften. Deshalb ist das Feld der feministischen Außenpolitik für sie auch nicht verständlich und nachvollziehbar. Die alten weißen Männer in der Friedensregion Bodensee e.V. werden gerne auf ihre „politische Macht“ zugunsten junger Frauen u.a. marginalisierter Gruppen verzichten, sobald diese bereit sind, ihre zukunftsweisenden friedensfördernden Ideen nachhaltig im Verein einzubringen. Mit den folgenden Links besteht die Möglichkeit, sich mit den zukunftsweisenden friedensfördernden Ideen der feministischen Außenpolitik zu beschäftigen und jungen Frauen u.a. marginalisierten Gruppen Gehör zu schenken, die von der bürgerlichen Mitte immer noch gerne übersehen werden!

<https://www.vogue.de/kultur/artikel/kristina-lunz-vogue-interview-feministische-aussenpolitik>

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/frauen-politik-feminismus-gleichberechtigung-lunz-100.html#xtor=CS5-281>

<https://www.zdf.de/gesellschaft/plan-b/plan-b-da-geht-was-deutschland-zusammen-sind-wir-staerker-100.html>

Zeitenwende on tour und die institutionalisierte strategische Kommunikation

von Brigitte L. Ehrlich

Im März 2019 beschloss das Europäische Parlament, die Zeitumstellung im Frühjahr und Herbst abzuschaffen. Getan hat sich noch nichts. Weiterhin müssen wir zweimal im Jahr unseren Biorhythmus unnötig durcheinanderbringen. Am 27. Februar 2022 ging alles ganz schnell. Drei Tage nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine verkündigte Kanzler Scholz eine „Zeitenwende“ und ein „Sondervermögen“ von 100 Mrd. € für die Bundeswehr sowie weitere Aufrüstung. Der Unterschied? Ersteres entsprach dem Wählerwillen, das zweite war eine Art Coup d'Etat gegen den Willen der Bevölkerung. Am 31. August 2022 versicherte Außenministerin Baerbock in Prag der Ukraine „Wir stehen an eurer Seite, solange ihr uns braucht – dann möchte ich es einlösen, egal, was meine deutschen Wähler denken.“ Und wie man gegen den Wählerwillen regiert, verriet sie kurz darauf: mit „strategischer Kommunikation“.

Strategische Kommunikation ist der vornehmere Ausdruck für Propaganda, verdeckte Manipulation der öffentlichen

Meinung und Kampagnenjournalismus. Ausgerechnet die die liberale Demokratie so preisende Ampelregierung entwickelte Perfektion in dieser Kunst. Die stramm olivgrün-transatlantische Propagandafabrik *Zentrum Liberale Moderne*, die „Gegneranalysen“ auch von demokratischen Alternativmedien wie den *Nachdenkseiten* erstellt, erhält Millionenbeträge aus Steuergeldern, um „radikal Systemoppositionelle“, „Anti-amerikanismus“ und „Putinismus“ aufzuspüren. Ein gelecktes, von der Bundesregierung als echt bestätigtes Dokument enthüllt die behördliche Einbindung von Medien wie *Spiegel* und *Stern* in die konzertierte Aktion zur Informationszensur hinsichtlich des Ukraine-Krieges unter dem Label „Kampf gegen Desinformation“. Eingebunden sind auch Social Media – Konzerne, Bildungseinrichtungen und „Faktenchecker“. „Systemkritische Medien“ sollen überwacht werden.

Zudem schränken strukturelle Faktoren wie die Medienkonzentration in den Händen weniger Milliardäre die Meinungsfreiheit ein. Ausdünnung von Personal hat zur Überlastung

von Journalisten geführt, die kaum noch Zeit für kritische Recherche und Investigativjournalismus haben. Informationen der drei verbliebenen Presseagenturen Associated Press (USA), Thomson-Reuters (USA/Kanada) und Agence Press France werden ungeprüft übernommen. Die deutsche Presse-Agentur dpa ist mit einem Assoziationsvertrag eng mit AP verbunden. Das Pentagon hat mit seinen bereits 2009 ca. 27 000 Medienspezialisten und einem Etat von 5 Mrd. \$ für Öffentlichkeitsarbeit enormen Einfluss auf die Berichterstattung. Journalisten werden entsprechend der Ausrichtung des Chefredakteurs eingestellt, kritische Freiberufler bekommen keine Aufträge. Über die US-Politik darf nur in einem sehr eng gesteckten Rahmen zu den liberalistischen Themen Rassismus, Diskriminierung und „Abtreibung“ kritisch berichtet werden.

Auf der Führungsebene der Medien trifft man sich in transatlantischen Netzwerken wie der *Atlantikbrücke*, einer der zahlreichen, sehr einflussreichen transatlantischen Denkfabriken. Auch die **„Kampagne zur Akzeptanz der Außen- und Militärpolitik der Bundesregierung“** *Zeitenwende on tour* ist transatlantisch gut vernetzt: Verantwortlich zeichnet die *Münchener Sicherheitskonferenz* in Zusammenarbeit mit der *Deutsch-Atlantischen Gesellschaft e. V.*, der *Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)*, der *Gesellschaft für Sicherheitspolitik e. V.* und der *Stiftung Wissenschaft und Politik*. Finanzier und Auftraggeber ist das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Die **Münchener Sicherheitskonferenz** ist eine private Tagung mit militärischer Ausrichtung und wird u. a. von den Rüstungsfirmen Hensoldt, Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall unterstützt. Zu den NGO-Partnern der Veranstaltung zählen z. B. die Bill & Melinda Gates Foundation und der Bundesverband der Deutschen Industrie. Die Münchener Sicherheitskonferenz hat eine Transatlantische To-Do Liste erstellt, die unter <https://securityconference.org/transatlantic-to-do-list/> einsehbar ist. Sie ist eine gegen Russland und China gerichtete umfassende militaristische Agenda für transatlantische Kooperationen in neun Politikbereichen im Sinne der US-Regierung. Strategische Kommunikation zur Förderung der Akzeptanz einer solchen gegen die Interessen der Bevölkerung gerichteten lebensfeindlichen Politik steht mehrmals auf der To-Do Liste. Die **Deutsche Atlantische Gesellschaft** ist der deutsche Zweig der Atlantic Treaty Association und betreibt Werbung für die NATO. Sie setzt sich nach eigenen Angaben „für eine Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO und eine enge Bindung zu den beiden nordamerikanischen Demokratien ein“. Die **Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik** wurde 1955 in Zusammenarbeit mit dem Council on Foreign Relations und

Chatham House gegründet. Der Verein hat führende Persönlichkeiten aus dem Bank- und Finanzwesen, der Wirtschaft, Politik, Medien und der Wissenschaft als Mitglieder. Die international als German Council on Foreign Relations bekannte Institution ist bestens mit der Rüstungsindustrie vernetzt und versucht nach eigenen Angaben, aktiv die außenpolitische Meinungsbildung auf allen Ebenen zu beeinflussen. Auch die **Gesellschaft für Sicherheitspolitik e. V.** nennt strategische Kommunikation im Rahmen sicherheitspolitischer Strategieentwicklung und die Vertiefung der transatlantischen Partnerschaft als Vereinszwecke. Sie wurde 1951 von der CIA gegründet, wird von der Bundesregierung gefördert und unterhält ebenfalls beste Beziehungen zur Rüstungsindustrie.

Mit diesem ideologischen Netzwerk-Rucksack tourt nun die „Kampagne zur Akzeptanz der Außen- und Militärpolitik der Bundesregierung“ *Zeitenwende on tour* auf Kosten der Steuerzahler durch die Bundesrepublik, um in Vortrags- und Dialog-Veranstaltungen Bürgerinnen und Bürgern, auch Schülerinnen und Schülern, Aufrüstung, atomare Bewaffnung, Feindschaft gegenüber Russland und China, LNG-Fracking-Gas aus den USA sowie Einkommensverluste und Sozialabbau durch die Sanktionspolitik der Bundesregierung schmackhaft zu machen.

Wieder einmal soll Europa nach dem Willen des US-Imperiums und seiner Agenten in der Bundesregierung geteilt, wieder soll getrennt werden, was geographisch und kulturell zusammengehört. Und wieder sind Frieden, Klima- und Naturschutz die großen Verlierer.

Eine erfolgreiche Strategie von Sicherheit neu denken und Forum ZFD

- Die Etats des Auswärtigen Amtes und des Entwicklungsministeriums werden für 2023 um je rund eine Milliarde Euro aufgestockt und nicht drastisch gekürzt, wie ursprünglich vorgesehen.
- Insbesondere die Titel im Bereich Krisenprävention (AA) und "Krisenbewältigung und Wiederaufbau" (BMZ) werden wie von der Kampagne gefordert sogar gegenüber dem aktuellen Jahr deutlich erhöht.

Der Bundestag hat den Entwurf der Bundesregierung so deutlich korrigiert. Dieser Erfolg ist einer Abgeordneten-Kampagne von **Sicherheit neu denken** und dem **ForumZFD** zu verdanken. Die Initiatoren der Kampagne hatten die Abgeordneten aufgerufen, eine Abgeordneten-erklärung zu unterschreiben, in der die Abgeordneten sich verpflichten, sich für einen Ausbau der Mittel für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in dieser Legislaturperiode einzusetzen. Die Fraktion der Grünen hatte ihren Mitgliedern untersagt, die Erklärung zu unterschreiben. Die Kampagne wird fortgeführt, um auch zukünftig mehr Mittel für Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung im Bundeshaushalt sicherzustellen.



Foto: IPPNW-Tagung

Tagung der IPPNW (Int. Ärzt*innen zur Verhinderung des Atomkrieges) in Stuttgart

von Frieder Fahrbach, Christian Harms

Die Friedensregion Bodensee nahm im Januar 2023 an der Tagung der IPPNW teil und nutzte dabei die Gelegenheit, die FRB und die Ausstellung FRIEDENSKLIMA! vorzustellen. Dafür erhielten wir viel Beifall für die zahlreichen Aktivitäten, die der Verein in den ersten vier Jahren seines Bestehens durchgeführt hat, insbesondere aber für die Ausstellung FRIEDENSKLIMA!, die in ihrer ansprechenden und originellen Gestaltung und wegen ihrer Inhalte der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele großen Anklang fand.

Hauptthema der Tagung war der Krieg in der Ukraine, zu dem die IPPNW auch bereits mehrmals Stellung genommen hat, insbesondere zur Gefahr der Eskalation durch Atomwaffen, die einen nuklearen Winter auslösen könnte. Europa würde dabei die Hauptlast tragen. Welche friedenspolitischen

Handlungsoptionen haben wir, was können wir auf welchen Wege versuchen, durchzusetzen? Unterstützen Sie den IPPNW-Appell zum Ukraine-Krieg Die Waffen nieder! Deeskalation jetzt! unter www.ippnw.de/aktiv-werden/kampagnen/appell-die-waffen-nieder/appell-online-unterzeichnen.html.

Ein weiteres wichtiges Thema war der Appell für Julian Assange, Journalist und Gründer Internetplattform Wikileaks, der als Nicht-US-Bürger von Großbritannien an die USA ausgeliefert werden soll. Assange wurde angeklagt, über diese Plattform geheime Dokumente über Kriegsverbrechen der USA veröffentlicht zu haben. Die Entscheidung Großbritanniens hat weitreichende Konsequenzen für Investigativ-Journalisten weltweit.

Ostermontag, 10. April 2023

Internationaler Bodensee- Friedensweg

www.bodensee-friedensweg.org



Das Frühjahr rückt wieder näher und damit der traditionelle Ostermarsch, hier genannt **Internationaler Bodensee-Friedensweg**. Dieses Jahr findet er am 10. April 2023 in Heiden AR in der Schweiz wie immer am Ostermontag statt. Die Vorbereitungsgruppe aus dem örtlichen Komitee der Schweizer Kolleg*innen hat zusammen mit den vorarlberger und deutschen Aktiven wieder ein starkes Programm zusammengestellt. Das Motto lautet in diesem Jahr:

ZUSAMMEN:HALT! Frieden und Klimaschutz für unser Überleben

Ein Sternmarsch aus 3 Richtungen trifft gegen 13.30 Uhr am Henry-Dunant-Museum zur Auftakt-Kundgebung ein. Die Hauptkundgebung mit einem Podium bekannter Redner*innen findet dann um 15 Uhr auf dem Henry-Dunant-Platz mit Blick über den Bodensee statt. Dazu gibt es einen Markt der Möglichkeiten, Musik und Verpflegung.

Weitere Informationen folgen im nächsten Newsletter, auf der Webseite www.bodensee-friedensweg.org und auf facebook/instagram. Kommt mit Öffentlichen Verkehrsmitteln, Heiden liegt am Berg und bietet nur wenige Parkplätze.



Internationaler Bodensee-Friedensweg / Ostermarsch

- 1958 1. Ostermarsch in der Atomwaffengegner in London
 - 1960 1. Ostermarsch in Deutschland (Hamburg Bergen-Hohne)
 - 1963 1. Ostermarsch in der Schweiz (Lausanne – Genf)
 - 1984 0. Radeln für den Frieden (Lindau 6.Mai)
 - 1988 1. Bodensee-Ostermarsch (Bregenz)
 - 1989 2. Bodensee-Ostermarsch (Konstanz)
 - 1990 3. Bodensee-Ostermarsch (Arbon)
 - 1991 4. Bodensee-Ostermarsch (Lindau)
 - 1992 5. Bodensee-Ostermarsch (Bregenz)
 - 1993 6. Bodensee-Ostermarsch (Überlingen)
 - 1994 7. Bodensee-Ostermarsch (Rorschach)
 - 2000 8. Bodensee-Ostermarsch (Überlingen)
 - 2001 9. Bodensee-Ostermarsch (Lindau)
 - 2002 10. Bodensee-Ostermarsch (Bregenz)
 - 2003 11. Bodensee-Ostermarsch: „Eine friedliche Welt ist möglich“ (Konstanz)
 - 2004 12. Bodensee-Ostermarsch: „Frieden ist möglich“ (Rorschach)
 - 2009 1. Friedensweg im St. Galler Rheintal: „Couragiert – damals und heute“
 - 2010 2. Friedensweg im Appenzeller Vorderland: „Krieg und Flucht“
 - 2011 3. Bodensee-Friedensweg in Rorschach: „Fremde werden einheimisch“
 - 2012 4. Bodensee-Friedensweg von Arbon-Steinach nach Friedrichshafen: „Rüstungsfreie Zone Bodensee“
 - 2013 5. Bodensee-Friedensweg von Konstanz nach Kreuzlingen: „Bettelarm und Steinreich – weltweit und bei uns“
 - 2014 6. Bodensee-Friedensweg in Lindau: „Krieg ächten – Frieden schaffen“
 - 2015 7. Bodensee-Friedensweg in Bregenz, am Friedensufer: „Krieg ächten – Frieden schaffen“
 - 2016 8. Bodensee-Friedensweg in Romanshorn: „Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten“
 - 2017 9. Bodensee-Friedensweg in Friedrichshafen: „Von der Kriegslogik zu einer Friedenskultur – unser Weg.“
 - 2018 10. Bodensee-Friedensweg in Bregenz: „GELD.MACHT. KRIEG – DIALOG.MACHT.FRIEDEN“
 - 2019 11. Bodensee-Friedensweg in Konstanz/Kreuzlingen: „Von der Rüstungsregion zur Friedensregion“
 - 2020 12. Bodensee-Friedensweg in Überlingen: FRIEDENSKLIMA! coronabedingt abgesagt
 - 2021 13. Bodensee-Friedensweg in Überlingen: FRIEDENSKLIMA! coronabedingt nur in kleinem Rahmen
 - 2022 14. Bodensee-Friedensweg in Bregenz: „Es geht ums Ganze: KLIMA . GERECHTIGKEIT . FRIEDEN“
 - 2023 15. Bodensee-Friedensweg in Heiden CH: „ZUSAMMEN: HALT! Frieden und Klima für unser Überleben!“
- jeweils am Ostermontag in einer anderen Stadt in Österreich, der Schweiz oder Deutschland.

www.bodensee-friedensweg.org

PROGRAMM FRB 2023



- 11.1. No Planet B, Ausstellung FRIEDENSKLIMA! Stadttheater Lindau
- 19.1. Quartalstreffen FriedensTisch der Kirchengemeinde ÜB
- 21.1. IPPNW RegioContact Süd in Stuttgart, Vorstellung FRB Ausstellung FRIEDENSKLIMA
- 24.2. Kriegsbeginn Ukraine – Veranstaltungen in ÜB und Lindau
 - 1.3. Kamingespräch zu Postkapitalismus (nur begrenzte Teilnehmerzahl)
 - 7.3. Eröffnung FRIEDENSKLIMA! attac Memmingen/Illerwinkel und KIMM-Klimainitiative Memmingen e.V
- 10.4. Ostermontag: Internationaler Bodensee Friedensweg in Heiden CH
- 11.4. Andreas Zumach: Vortrag in FN, Erlöserkirche Lilienstraße
- 20.4. Quartalstreffen FriedensTisch der Kirchengemeinde ÜB
- 24.4. FRIEDENSKLIMA! Vortrag FRB auf der BUGA Mannheim, Friedensbündnis Mannheim, (April-Oktober2023)
- 18.5. Friedenslinde in Überlingen in Kooperation mit ACK
- X. Mai Sozial- und Umweltforum SUFO St. Gallen, Teilnahme
- 12.6. Mitgliederversammlung FRB /13.6. 4 Jahre FRB, + FRIEDENSKLIMA!
- 7./8.7. Flaggentag der Mayors for Peace Li (mit friedens räumen), Konstanz, Überlingen, Radolfzell
 - X.7. Quartalstreffen FriedensTisch der Kirchengemeinde ÜB
 - X.8. Tour de Natur, Führung Goldbacher Stollen ÜB
- 6./9.8. Gedenktage Hiroshima (ÜB) und Nagasaki (Radolfzell)
 - 9.8. Peace Bell. Nagasaki in Heiden (CH), Teilnahme
- 12.8. Jahresausflug FRB
 - 1.9. Anti-Kriegstag in FN
- 21.9. UN0-Weltfriedenstag in St. Gallen, Teilnahme
- X.10. Quartalstreffen FriedensTisch der Kirchengemeinde ÜB
- 14.10. Lebenshaus Schwäb. Alb Jahrestagung Teilnahme
- 13. - 15.10. Friedenskonzerte Bremen, Osnabrück und Hannover + FRIEDENSKLIMA!
- 27./28.10. Überlinger Friedenstage, Friedensregion + AWC mit FRIEDENSKLIMA! + Konzert?
 - 18.11 Friedensdekade ÜB: Thema „zuhören!“
 - X.11 Betriebsführung Diehl ÜB geplant
 - X.12 Herbst Jahrestagung IMI Tübingen, Teilnahme

X. Termin steht noch nicht fest, weitere Veranstaltungen sind in Planung

Monatliche Termine 2023 des AK Friedensregion Bodensee

jeweils 2. Montag im PGH, Jasminweg 19 in Überlingen:

Gäste und Interessent*innen sind willkommen - bitte bei christian.s.harms@gmx.de anmelden
Termine 2023: 13.2. / 13.3. / 17.4. / 8.5. / 12.6. MV / 10.7. / Sa 12.8. Ausflug / 11.9. / 9.10. / 13.11. / 11.12.2023

Friedenspolitischer Stammtisch der Friedensregion Bodensee

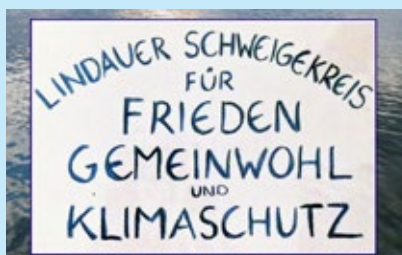
jeweils 2. Freitag i.M. 18.30 Uhr in Überlingen,
Nächster Termin 10.2.23.
Info-Friedensstammtisch@gmx.de

Resilienz-Gruppe

jeden 1. Montag i.M. 18 Uhr online-Treffen. Kontakt: frbfahrbach@aol.com

Schweigekreis für Frieden, Gemeinwohl und Klimaschutz:

jeden Freitag von 17 - 17.30 Uhr vor dem Alten Rathaus in Lindau. Teilnahme für jede*n möglich.



Mahnwache in Überlingen:

samstags um 11.30 Uhr am Landungssteg

Schweigen für Frieden, Klima und Gerechtigkeit. Mahnen, mitfühlen, sich verbinden, Kraft schöpfen.

Mittwochs
18.00 - 18.15
Uhr. Lutherplatz
Konstanz



„Krieg raubt uns Zeit, die für die Menschheit lebenswichtig ist, um ihr Aussterben zu verhindern“

Kolumbiens Präsident Gustavo Petro: Rede vor der UNO-Klimakonferenz COP27, Ägypten 2022

In seiner Rede legte der kolumbianische Staatschef seine 10 Empfehlungen dar:

1. Die Menschheit muss wissen, dass sie aussterben wird, wenn die globale Politik die Klimakrise nicht bewältigt. Die Zeiten des Aussterbens, die wir erleben, müssen uns dahin bringen, jetzt und weltweit zu handeln, mit oder ohne Erlaubnis der Regierungen. Es ist an der Zeit, die gesamte Menschheit zu mobilisieren.
2. Der Markt ist nicht der entscheidende Mechanismus zur Überwindung der Klimakrise. Es sind der Markt und die Kapitalakkumulation, die sie hervorgebracht haben, und sie werden niemals ihr Heilmittel sein.
3. Nur eine öffentliche und globale, multilaterale Planung ermöglicht uns den Übergang zu einer dekarbonisierten Weltwirtschaft. Die UNO muss die Plattform für die Planung sein.
4. Es ist die globale Politik, d.h. die Mobilisierung der Menschen, die den Kurs korrigieren wird und nicht die Verträge von Technokraten, die von den Interessen von Kohle und Öl beeinflusst werden.
5. Die Säulen des Weltklimas müssen zuallererst gerettet werden. Der Amazonas-Regenwald ist eine davon. Kolumbien wird in den nächsten 20 Jahren 200 Millionen Dollar jährlich zur Rettung des Amazonas-Regenwaldes bereitstellen. Wir erhoffen uns Beiträge aus anderen Teilen der Welt.
6. Die Klimakrise kann nur überwunden werden, wenn wir den Verbrauch von Kohlenwasserstoffen einstellen. Es ist an der Zeit, die Kohlenwasserstoffwirtschaft zu entwerten mit festgelegten Fristen für ihre Beendigung, und die dekarbonisierte Wirtschaft aufzuwerten. Die Lösung ist eine Welt ohne Öl und Kohle.
7. Die Verträge der WTO und des IWF stehen der Lösung der Klimakrise entgegen und müssen daher den COP-Vereinbarungen untergeordnet werden und nicht andersherum.
8. Der IWF muss ein Programm zum Eintausch von Schulden gegen Investitionen für die Anpassung an und die Bekämpfung des Klimawandels und zu seiner Überprüfung in allen Entwicklungsländern der Welt auflegen. Die heutige Politik von Wirtschaftssanktionen begünstigt nicht die Demokratie und ist kontraproduktiv bzgl. der Zeit, die die Menschheit braucht, um die Krise zu bekämpfen.
9. Die privaten und multilateralen Banken der Welt müssen die Finanzierung der Kohlenwasserstoffwirtschaft einstellen.
10. Friedensverhandlungen müssen sofort beginnen. Krieg raubt uns Zeit, die für die Menschheit lebenswichtig ist, um ihr Aussterben zu verhindern.

<https://www.youtube.com/watch?v=6XLGF4iFqhE>

Kolumbianische Presse: <https://www.eltiempo.com/politica/gobierno/gustavo-petro-y-discurso-en-la-cop-27-un-decalogo-por-crisis-climatica-715713>

Buchtipps

Friedenslogik verstehen. Frieden hat man nicht. Frieden muss man machen.

von Hanne-Margret Birckenbach, Wochenschau Verlag 2023

von Brigitte L. Ehrlich

*Friedensjournalismus und friedenslogisch gedachte politische Diskurse bleiben immer noch Desiderat. Seit der Eskalation des Krieges in der Ukraine ist die gängige sicherheitslogische Denkens- und Handlungsart - vor allem in den sog. Leitmedien - sogar auf die abschüssige Bahn reiner Kriegslogik geraten. Da kommt das im Januar 2023 erschienene Buch *Friedenslogik verstehen* von Hanne-Margret Birckenbach gerade recht.*



Frieden als vieldimensionaler Schlüsselbegriff wird im ersten Teil des Buches als – auch institutionalisierte – politische Gegenwartsaufgabe, als weltweiter Verständigungsprozess, als integrierendes Rahmenkonzept, als veränderungsorientiertes Handlungsprojekt und als eine empirisch überprüfbare Entwicklung eingeführt. Im zweiten Teil des Buches buchstabiert die Autorin fünf friedenslogische Handlungsprinzipien aus: das Prinzip der Gewaltprävention, die Prinzipien der Konflikttransformation, Dialogverträglichkeit und Fehlerfreundlichkeit der Mittel sowie die Prinzipien der normorientierten Interessenentwicklung. Teil drei weist an Hand von vier Beispielen – Staatsbürgerschaftskonflikte in Est- und Lettland, terroristisches Agieren in Nordirland, zivilgesellschaftliche Netzbildung in Kenia und zivilgesellschaftliche Partizipation in Abrüstungsfragen, die zu einem Verbot von Minen, Streuwaffen und Atomwaffen geführt hat – nach, dass friedenslogisches Handeln auch und gerade im Unfrieden funktioniert.

Die allgemein verbreitete Ignoranz über Friedensarbeit und Friedenspolitik – selbst bei Politiker:innen, die sich ressortbezogen mit Friedensfragen beschäftigen (sollten) – erschreckt. Hanne-Margret Birckenbachs Buch gibt eine allgemeinverständliche Einführung in friedenslogisches Denken und Handeln. Zahlreiche Handlungsformate und Methoden der Friedensarbeit werden überblicksartig vorgestellt. Beispiele füllen sie mit Leben. Eine Stärke des Buches besteht darin, dass es auf flache Tagesaktualität verzichtet. Die Handlungsprinzipien der Friedenslogik gelten immer und überall, auf allen Ebenen der Gesellschaft, in der Familie wie in der Politik. Dem Leser, der Leserin wird

es nicht schwerfallen, selbst Verbindungen zum Zeitgeschehen herzustellen. So erscheint mir das Prinzip der normorientierten Interessenentwicklung von besonderer Aktualität. Es hebt den Widerspruch zwischen Ethik und der Verfolgung von Eigeninteressen auf. Normen und Interessen können durch Interessensdifferenzierung in gesamtgesellschaftlichen Diskursen und spiralförmigen Entwicklungsprozessen eng miteinander verwoben werden. Der Top-Down-Ansatz der „wertebasierten Außenpolitik“ der jetzigen Bundesregierung versucht universale

Normen mit rhetorischer Konfrontation und Zwangsmitteln wie Sanktionen und scharfem Bellizismus durchzusetzen. Diese Doppelmoral ist nicht nur ein performativer Widerspruch. Neokolonial-imperialistische Handlungstendenzen und Kriege sind die Folge. Normorientierte Interessenspolitik bedarf zwingend der Ergänzung durch Gewaltprävention, Konflikttransformation, Dialogverträglichkeit und Fehlerfreundlichkeit der Mittel, um friedensförderlich zu sein.

Das Buch ist streckenweise eher politikwissenschaftlich ausgerichtet. Wünschenswert wären zusätzliche einführende Publikationen, die Friedenslogik aus sozialpsychologischer und soziologischer Perspektive beleuchten. Aber schon in diesem Band wird deutlich: Frieden hat man nicht – Frieden muss man machen. Wie das geht, beantwortet das Buch Friedenslogik verstehen.

Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, 1948 geboren, studierte Philosophie, Germanistik und Soziologie in Tübingen und Frankfurt/M., wurde in Politikwissenschaft an der FU Berlin promoviert, habilitierte in Soziologie mit dem Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung in Bielefeld und ist ausgebildete Mediatorin. Sie arbeitete am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg, an den Universitäten Kiel und Bremen und bis 2012 als Professorin für Europastudien und Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Gießen. Sie lebt jetzt in Hamburg und ist Trägerin des Göttinger Friedenspreises 2023.

Fleischfasten für den Frieden

von Werner Zirkel

Die weltweite Ernährungssituation verschärft sich. **Dies hat unmittelbar Bezug zum Frieden.** Die gute Nachricht: wir alle können was tun - schnell und unkompliziert.

Am 14. Oktober berichtet die Schwäbische Zeitung: „Knapp 830 Millionen Menschen müssen weltweit hungern. Das teilte die Welthungerhilfe heute bei der Vorstellung des Welthunger-Index 2022 mit. Demnach machen Konflikte, die Klimakrise und die Corona-Pandemie zusammen mit strukturellen Ursachen Fortschritte bei der Hungerbekämpfung zunichte. Der Krieg in der Ukraine habe die Lage noch einmal massiv verschärft. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Zahl der weltweit hungernden Menschen von 811 auf bis zu 828 Millionen.“

Schon am 28. April 2022 beschreibt der Journalist Andreas Zumach (in der taz) die Situation wie folgt: „Die Zahl der Menschen, die infolge dieses Kriegs im globalen Süden verhungern, wird letzten Endes wahrscheinlich sehr viel höher sein als die Zahl der durch russische Angriffe getöteten Zivilisten und Soldaten in der Ukraine. Das ist eine Bedrohung des Weltfriedens, für dessen Bewahrung und Wiederherstellung die UNO laut ihrer Charta die oberste Verantwortung hat.“

Und am 20. Mai 2022 ergänzt medico international: „Mit dem Krieg (Anmerkung: in der Ukraine) wird der Hunger massiv zunehmen. Doch der Hunger kommt selten allein. Oft wird Hunger von Gewalt (besonders gegen Frauen und Minoritäten), neuen Schuldenkreisläufen, Binnenflucht, Schwächung der Infrastruktur sowie besonderen Gefahren für Kinder begleitet.“

Ich verstehe das nicht ganz: Wenn man sieht, wie jemand, zum Beispiel ein*e Radfahrer*in, verunglückt, dann ist doch das Erste, was man tut, dass man hilft. Der Hunger in der Welt nimmt wieder zu. Dabei wirkt der Krieg gegen die Ukraine wie ein Brandbeschleuniger. Natürlich ist die Aggression mit nichts zu rechtfertigen. Aber wenn jemand anderes einen Unfall verursacht, dann steckt man doch nicht die Hände in die Hosentaschen und gafft und sagt „ich wars nicht“. Das wäre wider die menschliche Natur und höchst provokativ, oder? Den Frieden zu fördern heißt doch Empathie zu zeigen und zu handeln. Im Fall der Ernährungssituation kann Jede*r mithelfen.

Dabei ist die Ausgangssituation wie folgt:

Flächenbedarf: Weltweit werden 77 % der Agrarfläche für Milch und Fleischproduktion benötigt. Diese tragen jedoch nur 18 % zur globalen Kalorienversorgung bei 1). Im Film „anders Essen, das Experiment“ heißt es: „Wir brauchen für



Foto: Freepik.com

Fleischfasten gegen Welt-Hunger, für Klimaschutz und die eigene Gesundheit

Aktuelle Meldung von Oxfam: Im vergangenen Jahr wurden Lebensmittel global um 18 % teurer. Und was haben Spekulationen an der Börse damit zu tun?

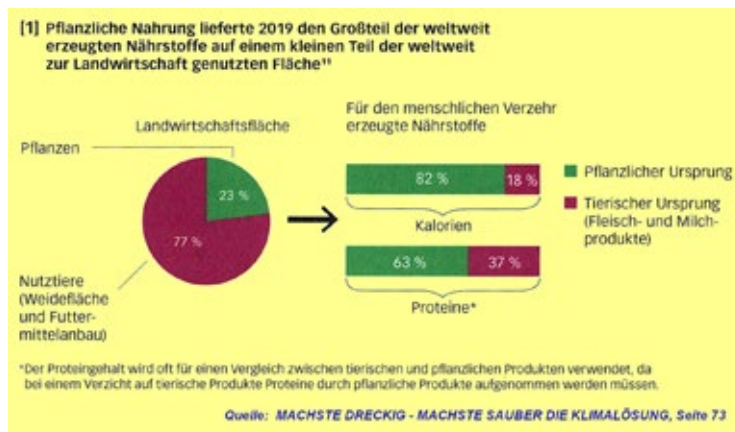
Der Politfilm Lindau zeigt, am Dienstag, den 7. Februar 2023, um 20.00 Uhr, im Club Vaudeville, Lindau, zwei Kurzfilme zum Thema Ernährung, Hunger und Profit.

Den Abend moderiert Emma Heyen vom BUND Naturschutz, Kreisgruppe Ravensburg.

- 1.) Film „anders Essen, das Experiment“ (gekürzt): gibt einen guten Überblick über das Thema Lebensmittelproduktion und Welternährung.
- 2.) Film „Mais - Eine Pflanze zwischen Hunger und Profit“: beleuchtet das Spannungsfeld zwischen Ernährung und Profit. Dabei steht eine alleinerziehende Afrikanerin, die versucht sich und ihre Familie durchzuschlagen, stellvertretend für alle vom Hunger Betroffenen, im Mittelpunkt.

Lindau hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2035 klimaneutral zu werden. Da tierische Produkte in besonderem Maße klimarelevant sind, gibt es hier auch ein hohes Einsparpotential. Das Thema ist also auch kommunalpolitisch sehr bedeutsam..

unseren Konsum in etwa 4.400m2 pro Person, also so ein kleineres Fußballfeld, davon werden in etwa zwei Drittel im-





Quelle: Film „anders Essen, das Experiment“ ©Langbein&Partner

portiert und ein Drittel heimisch angebaut ... Im Durchschnitt stehen jedem Erdenbürger in etwa 2.200m² zur Verfügung, also ziemlich genau die Hälfte von dem, was wir hier in Europa benötigen.“ und „Wären alle so anspruchsvoll wie wir dann bräuchten wir eine zweite Erde.“ Beim Import handelt es sich überwiegend um Kraftfutter wie Soja, Mais etc. Berüchtigt ist z.B. genmanipuliertes Soja, das in Brasilien auf Flächen angebaut wird die noch vor Kurzem unberührter Urwald waren.

Der Lindauer Theologe Dr. Dietmar Stoller drückte es kürzlich so aus: „Mit einem Fleischverzehr auf dem heutigen Niveau kann es keine Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd geben. Ganz einfach, weil wir unsere Nutztiere gar nicht ernähren könnten, würden wir nicht im globalen Süden wertvolles Ackerland dafür in Anspruch nehmen. Ackerland, das den Menschen dort für ihre Ernährung fehlt. Das ist schlichtweg koloniales Verhalten.“

Klimarelevanz: „Etwa ein Drittel (34%) der weltweiten Treibhausgasemissionen im Jahr 2015 entstand durch den Nah-

rungsmittelsektor“ 1). Hiervon sind in Deutschland 78% tierischen Lebensmitteln zuzurechnen.¹

Der Klimawandel verstärkt Wetterextreme. Somalia etwa leidet unter einer seit Jahren andauernden Dürre, in Pakistan sind es die Folgen der Flut biblischen Ausmaßes im vergangenen Jahr.

Fleischfasten, z.B. an einem Tag in der Woche, ist also mehrfach gegen den Hunger wirksam:

- 1.) Lebensmittel wie Getreide, Mais und Soja, das wir nicht an Tiere verfüttern, bleiben für die Menschen.
- 2.) Agrarfläche wird frei für die Produktion von Lebensmitteln für den menschlichen Verzehr.
- 3.) Klimaschutz hilft vor Wetterextremen und damit gerade auch den Menschen im globalen Süden.
- 4.) Fleischfasten reduziert den „Fußabdruck Biodiversität“² und hilft somit, die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten.

Vollkommen **kontraproduktiv** ist hingegen, dass Tierische Produkte mit dem ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 % subventioniert werden. Wer aber Soja-

oder Hafermilch kauft wird mit 19 % MwSt. bestraft. Das ist zynisch. Das setzt die vollkommen falschen Zeichen! Eine solche Subventionspolitik schadet dem friedlichen Zusammenleben auf unserem Planeten. Ritualisierte, schöne warme Worte hören wir seit Jahrzehnten und aktuell wieder, anlässlich der Grünen Woche. Leider machen diese Worte nicht satt!

Zu **unserer Gesundheit:** Der Pro-Kopf-Verzehr von Fleisch in Deutschland beträgt ca. 55 kg pro Jahr (Stand 2021).³ Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) empfiehlt 16 bis 31 kg pro Jahr, maximal.⁴

Grundvoraussetzung für nachhaltigen Frieden ist Gerechtigkeit. Das geht auch und gerade kommunal. Ein großer Schritt wäre die Einführung der „DGE-Qualitätsstandards“ in öffentlichen Kantinen (also in Schulen, Kitas, Altersheime, Krankenhaus, Verwaltung, etc.). Das wäre ein starkes Zeichen der Solidarität mit Jenen denen es am Nötigsten, am täglich Brot, fehlt. Denn Frieden zu fördern heißt doch Empathie zu zeigen und zu handeln!

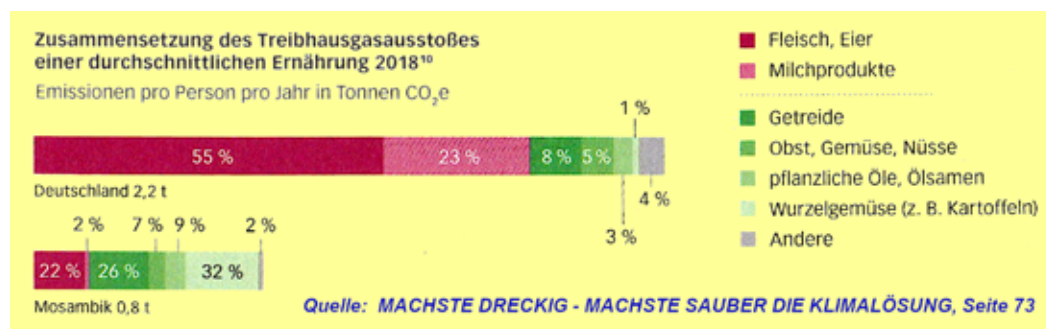
Quellen:

¹ MACHSTE DRECKIG - MACHSTE SAUBER DIE KLIMALÖSUNG, Seite 66 und 73

² <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Landwirtschaft/WWF-studie-kulinarischer-kompass-biodiversitaet-ernaehrung.pdf>

³ https://www.ble.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/220330_Versorgungsbi-lanz-Fleisch.html

⁴ <https://www.dge-ernaehrungskreis.de/orientierungswerte/>





Red Hand Day

Red Hand Day am 12. Februar

terre des hommes Deutschland e.V.

In zahlreichen bewaffneten Konflikten in aller Welt werden Kinder als Soldaten in den Kampf geschickt. Aktuelle Beispiele sind Afghanistan, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Kolumbien, Demokratische Republik Kongo, Kamerun, Mali, Burkina Faso, Indien, Irak, Israel / Palästina, Myanmar (Burma), Philippinen, Somalia, Sudan, Südsudan, Syrien und Jemen. Das Leben junger Soldaten ist voller Gefahren und geprägt durch harte Arbeit. Nahrungsmittel und Trinkwasser sind knapp oder fehlen ganz, es gibt keine Gesundheitsversorgung und ständige Angst

vor Hinterhalten, Landminen oder Gewehrfeuern. Seit mehr als 15 Jahren gibt es jetzt die Aktion und den Red Hand Day am 12. Februar, den internationalen Gedenktag an das Schicksal von Kindersoldaten. Hunderttausende rote Handabdrücke wurden schon in über 50 Ländern gesammelt und an Politiker und Verantwortliche übergeben, darunter der UN-Generalsekretär, die deutsche Außenministerin und den Bundespräsidenten. Doch trotz vieler wichtiger Erfolge gibt es immer noch 250.000 Kindersoldaten weltweit.

<https://www.redhandday.org/de/>



Kunst genießen – Newsletter unterstützen!

Kunstaktion für den Newsletter der Friedensregion Bodensee e.V.



4 Kerle, Materialcollage
12,5 x 12,5 cm, gerahmt

Im letzten Newsletter haben wir unsere Aktion **Kunst für Frieden** gestartet, die auf erfreuliche Resonanz gestoßen ist. Zahlreiche UnterstützerInnen haben eines der angebotenen Werke gegen eine Spende zugeschickt bekommen und freuen sich nun über das neue Bild an ihrer Wand!

Auf unserer Website sind nach wie vor ausgewählte Kunstwerke von Renate Greis-Fahrback zu sehen, vielleicht gibt es ja noch weitere InteressentInnen, denn nach wie vor brauchen wir finanzielle Unterstützung, um diesen Newsletter auch weiterhin herausgeben zu können:

<https://www.friedensregion-bodensee.de/kunst-für-frieden/>

Kolumne: Vivienne Waldrapp zwitschert

Vom Tun und vom Lassen in Zeiten des Krieges

von Martina Heise

Der warme Winter mit Temperaturen bis 20 Grad hat viele meiner gefiederten Artgenossen veranlasst, sich gar nicht erst auf die weite Reise in südliche Gefilde auf zu machen, schließlich ist das Nahrungsangebot hier ausreichend und Schnee gibt es höchstens noch als weißes Band in den Touri-Orten, die noch nicht kapiert haben, dass Wintersport ein Auslaufmodell ist!

Und so haben wir Zugvögel auch den Jahreswechsel mitbekommen, den kennen wir bisher eigentlich nur aus Erzählungen von den Vögeln, die auch im Winter am Bodensee bleiben. Zuerst dachten wir, die Jagdsaison hätte schon angefangen, als es überall gekracht und geknallt hat, kann ja sein, dass mit dem Klimawandel nicht nur die Temperaturen, sondern auch das Jagdfeber ansteigt. Die Knallerei wurde immer mehr, bis dann mitten in der Nacht das Inferno losbrach: Überall grelle Blitze, lautes Knallen und Krachen, Böller und Raketen. Alles, was Beine hat und kein menschlicher Zweibeiner war, hat sich verkrochen und versucht, sich in Sicherheit zu bringen, um zitternd vor Angst abzuwarten, ob der Spuk vielleicht wieder vorbeigeht. Und der Gestank von der ganzen Ballerei war erst am nächsten Tag langsam verflogen und überall lag Müll herum. Und wo bleibt der Umweltschutz?

Es gibt wohl viele Diskussionen unter euch Menschen, ob man angesichts der Ausschreitungen an Silvester und der Umweltverschmutzung das neue Jahr überhaupt noch mit Feuerwerk und

Silvesterböllern beginnen soll, Für und Wider werden erörtert, „Freie Böllerei für freie Bürger“ wird gefordert, dass ich nicht zwitschere.... Findet ihr das trotz der drohenden Klimakatastrophe und angesichts des Krieges in Europa und sonst wo auf der Welt wirklich vernünftig?

Durch seinen Angriffskrieg auf die Ukraine hat Wladimir Putin euch Menschen immerhin gezwungen, Energie zu sparen und vieles, was bisher selbstverständlich war, zu überdenken! (Dass aber Militär und Krieg die stärksten Verursacher von CO²-Emissionen überhaupt sind habt ihr leider gar nicht auf dem Schirm, sonst würdet ihr doch nicht so einfach mal 100 Milliarden für die Rüstung ausgeben!) Euer kluger Kopf Einstein hat gesagt: „Keine Maus käme auf die Idee, eine Mausefalle zu bauen“. Ihr Menschen dagegen baut immer mehr Waffen, verpulvert unvorstellbar viel Geld nicht nur an Silvester und zerstört damit das Klima, das Land und die Menschen – seid ihr verrückt? Ihr habt doch so ein großes Hirn!

Plötzlich also wollen alle die erneuerbare Energie, Photovoltaik und Windkraft stehen hoch im Kurs! Aber warum nur fällt es euch so schwer, mit euren Blechkisten langsamer zu fahren und damit Millionen von Liter Treibstoff zu sparen? Da braucht man doch keine Schilder aufstellen, man kann es als vernünftiger Zeitgenosse einfach **tun**, oder?

Eigentlich wisst ihr Menschen doch längst, dass der Klimawandel erfor-



Foto: HP-Walter

Im Alten Ägypten galt der Waldrapp als Lichtbringer und Verkörperung des menschlichen Geistes – und als Totenvogel, in dessen Gestalt die Verstorbenen in den Himmel aufführen und zu einem Stern wurden. In Deutschland und weiten Teilen Europas war er als Delikatesse geschätzt; während des 30jährigen Krieges wurde er ausgerottet. Erst in unserem Jahrhundert begann seine Wiederansiedlung in Europa, seit 2017 auch in Heiligenberg und Überlingen. Die Waldrappdame Vivienne ist das Maskottchen unseres Vereins und bereichert unseren Newsletter in unregelmäßigen Abständen mit ihrer Kolumne.

dert, dass ihr **sofort** handelt und euren ökologischen Fußabdruck radikal verkleinert! Dazu ist auch das **Lassen** eine gute Strategie: Beim Autofahren nicht mit dem Bleifuß, sondern gemütlich mit hundert unterwegs sein, es nicht uns Zugvögeln gleichtun wollen und im Flugzeug um die Welt jetten, weniger konsumieren und die Dinge, die umweltschädlich sind, konsequent sein lassen. Das bringt auf der Stelle weniger Stress und weniger CO², freiwillig ohne irgendein Gesetz, das wieder als Bevormundung empfunden wird. Und so gut wie umsonst: **Das** ist vernünftig!

Aktuelles

► Ein Jahr Ukraine-Krieg: Übersichtsseite zu Aktionen der Friedensbewegung

Nach fast einem Jahr tobt der Krieg Russlands gegen die Ukraine noch immer. Nachrichten und Bilder von Toten, Verletzten und Flüchtenden schockieren die Öffentlichkeit Tag für Tag. Der Krieg muss endlich gestoppt werden! Rund um den 24. Februar 2023 – dem ersten Jahrestag des Beginns des Krieges – rufen Organisationen und Gruppen aus der Friedensbewegung zu Friedensaktionen auf:

<https://www.friedenskooperative.de/ein-jahr-ukraine-krieg>

► der Kissinger-Moment für einen Friedensplan?

Als Architekt einer Entspannungspolitik hat der Ex-Außenminister der USA, Henry Kissinger, blutigste Lagen in Diplomatie verwandelt. Nun legt er einen Friedensplan für die Ukraine vor. Der Einstieg in den Ausstieg aus dem Krieg könnte aus drei Gründen nahen:

https://www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/Naht-der-Kissinger-Moment-fuer-einen-Friedensplan-article23865536.html

► Bundeswehr könnte durch Panzerlieferung an Ukraine geschwächt werden

Die USA und Deutschland wollen der Ukraine im Krieg gegen Russland Panzer liefern. Ein Militärexperte spricht jedoch eine Warnung aus. Der News-Ticker vom 25. Januar:

<https://www.fr.de/politik/ukraine-leopard-scholz-panzer-lieferung-waffen-krieg-russland-deutschland-polen-ticker-news-zr-92043263.html>

► Sieg der Panzerdiplomatie?

Der Krieg in der Ukraine hat sich festgefahren, doch spätestens für das Frühjahr planen beide Seiten neue Offensiven. Kiew setzt dabei auf deutsche Leopard-Panzer, der Ex-Botschafter und Vizeaußenminister der Ukraine Andreij Melnyk fordert mehr und stärkere Waffen. Deutschland aber stellt sich quer. Kanzler Olaf Scholz will bislang nicht noch mehr Offensivwaffen liefern. Natürlich steht er hinter dem Selbstverteidigungsrecht der Ukraine. Doch Scholz denkt den Krieg von seinem Ende her:

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1170119.ukraine-krieg-sieg-der-panzerdiplomatie.html>



► Über die deutsche Geschichtsvergessenheit und die Blindheit der Berliner Außenpolitik

Stellen Sie sich vor, Wladimir Putin würde in den Deutschen Bundestag eingeladen, um seine Strategie für das künftige Europa vorzustellen. Unvorstellbar? Heute ja. Aber genau das fand 2001 statt, und seine Rede wurde von den Bundestagsabgeordneten sogar mit stehenden Ovationen bedacht. Heute erscheint eine europäische Sicherheitspolitik dringender denn je:

<https://neue-debatte.com/2022/12/04/der-boese-russe-die-deutsche-geschichtsvergessenheit-und-die-blindheit-der-berliner-aussenpolitik/>

► Was sind die Kriegsziele? Ex-Brigade-General Erich Vad im Interview

Erich Vad war von 2006 bis 2013 er militärpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Er gehört zu den wenigen Stimmen, die sich früh öffentlich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen haben, ohne politische Strategie und diplomatische Bemühungen. So sagt er: „Militärische Operationen müssen immer an den Versuch gekoppelt werden, politische Lösungen herbeizuführen. Die Eindimensionalität der aktuellen Außenpolitik ist nur schwer zu ertragen. Sie ist sehr stark fokussiert auf Waffen. Die Hauptaufgabe der Außenpolitik aber ist und bleibt Diplomatie, Interessenausgleich, Verständigung und Konfliktbewältigung.“

<https://www.emma.de/artikel/erich-vad-was-sind-die-kriegsziele-340045>

► **Erst Panzer, dann Kampfjets, dann deutsche Soldaten? Wer stoppt den Wahnsinn?**

Nicht nur Politiker fordern, dass Deutschland endlich den Weg für die Lieferung von Leopard2-Kampfpanzern freimacht, denn dies sei der „Weg zum Frieden“, hat NATO-Generalsekretär Stoltenberg formuliert. Tatsächlich munitioniert der Westen damit möglicherweise einen jahrelangen Abnutzungs- und Stellungskrieg, der Unsummen kostet, in dem weitere Hunderttausende sterben, die Ukraine vollständig zerstört wird und der das Risiko birgt, irgendwann in eine nukleare Auseinandersetzung und einen Dritten Weltkrieg zu münden! Sahra Wagenknecht begründet, warum die Ampel endlich zur Besinnung kommen, eine diplomatische Initiative starten und sich der Lieferung von Panzern verweigern muss: <https://www.youtube.com/watch?v=U0rBBMStw9Q>

► **Rüstungsunternehmen am Bodensee hoffen auf Aufträge**

Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs nimmt das Ansehen von Rüstungsbetrieben in Deutschland zu. Die Antriebe für Kampfpanzer werden auch am Bodensee gefertigt. Der Beitrag des swr unter:

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/firmen-am-bodensee-fertigen-motoren-fuer-panzer-100.html>

► **Ukraine-Krieg: Trommeln für das „Weiter so!“ - Gastbeitrag im Freitag**

Dr. Hans-Georg Ehrhart, Senior Research Fellow am IFSH (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg):

<https://ifsh.de/news-detail/ukraine-krieg-trommeln-fuer-das-weiter-so-gastbeitrag-in-der-freitag>



► **Friedensfähig in Kriegszeiten - Friedensgutachten 2022**

Frankfurter Friedensforum vom 28. Juni, das Friedensgutachten 2022 der vier führenden Institute für Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik analysiert die Konflikte und Kriege der Gegenwart, stellt die Friedens- und Sicherheitspolitik Deutschlands und Europas auf den Prüfstand und gibt Empfehlungen für eine friedensorientierte Politik:

<https://www.youtube.com/watch?v=WNKWrlfz1m0>

<https://www.friedensgutachten.de/>

Siehe auch unseren Beitrag [Friedensgutachten auf Seite 3 f](#)

► **Warum die Friedensforschung in einer tiefen Krise steckt**

Wie vermeidet und beendet man Kriege? Die Friedensforschung müsste Antworten liefern. Doch die Disziplin steckt in der tiefsten Krise ihrer jahrzehntelangen Geschichte. Dafür gibt es Gründe:

<https://www.freitag.de/autoren/wolfgangmichal/wissenschaft-warum-die-friedensforschung-in-einer-tiefen-krise-steckt>

► **Das Versagen des Feministen Scholz**

Mit Boris Pistorius ist die Geschlechterparität im Kabinett passé. Es hätte Politikerinnen gegeben, die mehr Fachkenntnisse mitbringen so der Kommentar zur Neubesetzung des Verteidigungsministeriums:

<https://taz.de/Neuer-Verteidigungsminister/!5906321/>

► **Die Mär vom Wohlstandsverlust**

Der produzierte Reichtum – das BIP – ist in Deutschland im Jahr 2022 trotz Energiepreiskrise um 1,9 Prozent gestiegen. Wenn das BIP wie im vergangenen Jahr gewachsen ist, dann ist also der Wohlstands-Kuchen trotz Energiepreiskrise gewachsen – und damit auch der gesellschaftliche Wohlstand. Es fragt sich, wem die Mär vom Wohlstandsverlust nutzt. Simon Poelchau beleuchtet im neuen deutschland, ob wir wirklich alle immer ärmer werden:

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1170128.konjunktur-die-maer-vom-wohlstandsverlust.html>

► **Großer Reichtum, kleine Steuern**

Die Entwicklungsorganisation Oxfam kritisiert in einem aktuellen Bericht eine zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich. Auch in Deutschland:

<https://taz.de/Bericht-zu-Ungleichheit-von-Oxfam/!5906153/>

wenn nicht jetzt - wann dann? Wenn nicht ich – wer dann?

Wir sind an einem brandgefährlichen Punkt der Eskalation des Ukraine-Krieges angekommen. Wo bleiben die Menschen, die gegen Waffenlieferungen, gegen die Politik der Bundesregierung, gegen die Aussagen der Außenministerin, dass wir im Krieg gegen Russland sind, gegen die einseitige Darstellung in den meisten Medien auf die Straße gehen?

Dieser große Teil der Bevölkerung braucht eine laute Stimme für sofortigen Waffenstillstand, für Verhandlungsangebote, für Frieden und Humanität.







Beteiligt Euch an Kundgebungen und Mahnwachen, kommt zu Veranstaltungen der Friedensbewegung.

Infos unter www.antisiko.de/antisiko-2023/aufruf-2023/ (wichtige Hauptveranstaltung in München am 18.02.23).

Alle Termine bundesweit unter: www.friedenskooperative.de/ein-jahr-ukraine-krieg

IMPRESSUM

Der Newsletter wird herausgegeben von der Friedensregion Bodensee e.V., Redaktion Martina Heise M.A. (ViSdP)

-  **Internet:** www.friedensregion-bodensee.de
-  **E-Mail:** frb.newsletter@gmail.com
-  **Facebook:** www.facebook.com/groups/1375301249210262/
-  **Instagram:** www.instagram.com/friedensregionbodensee/

Wenn Sie den Newsletter abbestellen möchten, schicken Sie uns bitte eine Mail an die oben angegebene Adresse.

Anregungen und Kritik sind gleichermaßen willkommen.

Wir verweisen auf die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf unserer Homepage. Ihre Mailadresse verwenden wir ausschließlich zum internen Gebrauch.

Gestaltung: Andrea Künst, info@mediashape.de

Fotos: FRB, Frieder Fahrbach, Martina Heise, Jana Koch, soweit nicht anders angegeben

Dem FRB-Vorstand gehören an:

Jürgen Dornis Vorstand Schatzmeister, AK schulische Friedensbildung, Redaktionsteam NL

Brigitte Ehrich Fachbeirätin, AK Friedensbildung, Moderation und Prozessbegleitung

Frieder Fahrbach Vorstand, Redaktionsteam NL, FRIEDENSKLIMA!, Bodensee-Friedensweg

Christian Harms Vorstand Schriftführer, Kontakt zu IPPNW

Claus Kittsteiner Fachbeirat, Militär und Klima, Geflüchtete Lesbos

Martina Knappert-Hiese Fachbeirätin, Netzwerk Friedensbildung

Bernd Wipper Vorstand, Bodensee-Friedensweg, „Sicherheit neu denken“, Rüstung, Kontakt zu DFG-VK und zu Kirchen

Assoziiert:

Martina Heise FRIEDENSKLIMA! Redaktion Newsletter
Ursula Binzenhöfer